ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Becker, Joachim; Jaeger, Johannes

Article

Wirtschaftspolitische Trends in Lateinamerika: Ende des Neoliberalismus? (Trends in Latin America's Economic Policy: The End of Neo-Liberalism?)

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

Provided in Cooperation with:
Edward Elgar Publishing

Suggested Citation: Becker, Joachim; Jaeger, Johannes (2007) : Wirtschaftspolitische Trends in Lateinamerika: Ende des Neoliberalismus? (Trends in Latin America's Economic Policy: The End of Neo-Liberalism?), Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 04, Iss. 1, pp. 58-66, https://doi.org/10.4337/ejeep.2007.01.06

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/277093

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wirtschaftspolitische Trends in Lateinamerika: Ende des Neoliberalismus?

Trends in Latin America's Economic Policy: The End of Neo-Liberalism?

Joachim Becker, Johannes Jäger°*

Lateinamerika wird nunmehr durchwegs von linken bzw. sozialliberalen Regierungen dominiert. Hugo Chávez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien), Michelle Bachelet (Chile), Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien) und Tabaré Vasquez (Uruguay) sind die weit über den Kontinent hinaus bekannten Aushängeschilder. Sie gelten vielfach als Hoffnungsträger für Lateinamerika und werden häufig als Alternative zu neoliberalen Politikmustern gesehen. Schon wird auch die Frage nach dem Verfall neoliberaler Hegemonie (vgl. Burchardt 2004, Boris et al. 2005) gestellt. Auch schwingt vielfach die Erwartung mit, dass die Entwicklungen in Lateinamerika über den Subkontinent hinaus Richtung weisend sein könnten. Gleichzeitig wird von konservativer Seite zum Teil die Befürchtung geäußert, dass sich der noch in den 1990er Jahren durchwegs vorhandene pro-US-amerikanische Kurs der meisten Staaten ändern und damit eine Reduktion des hegemonialen Einflusses der USA einhergehen könnte. Für die Einschätzung der aktuellen Veränderungen werden in diesem Beitrag aufbauend auf einer kurzen Analyse historischer Entwicklungslinien die aktuellen Veränderungsprozesse in zentralen Politikfeldern analysiert.

Grundlagen neoliberaler Politikmuster

Der lateinamerikanische Subkontinent gilt nicht erst heute als neuer Hoffnungsträger für Alternativen zum Neoliberalismus, sondern spielte bereits bei der Durchsetzung neoliberaler Politiken eine internationale Vorreiterrolle. So wurde in Chile unter der Militärdiktatur von Pinochet ab 1975 begonnen, systematisch ein monetaristisch/neoliberales Programm zu implementieren. Auch in anderen Ländern, in denen häufig rechtsgerichtete Militärdiktaturen an der Macht waren, wurde – meist in weniger radikal ausgeprägter Form – versucht, neoliberale Ideen umzusetzen (vgl. Becker et al. 2003). Dies erfolgte in der Regel mit Beifall und Unterstützung neoliberaler Theoretiker wie Friedrich von Hayek oder Milton Friedman, die z.T. auch nicht davor zurückschreckten, den Militärdiktatoren einen Besuch abzustatten und zur erfolgreichen Wirtschaftspolitik zu gratulieren. Der »neoliberalen Konterrevolution« (Moulian 1997: 25 f.) war in vielen Fällen eine Zuspitzung sozialer Auseinandersetzungen im Kontext eines in den 1960er Jahren z.T. stagnierenden, auf den Binnenmarkt hin orientierten Entwicklungsmodells vorangegangen. In Chile hatte sich die Unidad Popular 1970 bis 1973 sogar auf den parlamentarischen Weg zum Sozialismus

* Wirtschaftsuniversität Wien.
° Fachhochschule des bfi Wien.

gemacht – und wurde dann durch einen US-unterstützten Militärputsch gestürzt. Diese Phase des binnenmarktorientierten Modells war von Mitte der 1930er Jahre und in vielen Fällen bis in die 1960er Jahre hinein bezogen auf Wachstumsraten die bislang mit Abstand erfolgreichste Periode wirtschaftlicher Entwicklung in Lateinamerika (vgl. Maddison 2003). Ursachen für die später einsetzenden stagnativen Tendenzen lagen nicht zuletzt darin, dass die für eine Binnenmarktentwicklung notwendige Transformation der Lohnarbeitsverhältnisse sowie eine entsprechende Einkommenspolitik, die eine ausreichende Lohnentwicklung sichern konnte, nur prekär durchgesetzt wurden. Der gesellschaftliche Konflikt um die weitere Ausrichtung des Entwicklungsmodells wurde in vielen Fällen durch ein Einschreiten des Militärs zugunsten der Kapitalseite entschieden. Neben diesen internen Faktoren waren auch externe Umstände für die breite Durchsetzung akzentuierter neoliberaler Politikmuster von entscheidender Bedeutung. Die durch die Hochzinspolitik der USA ausgelöste Schuldenkrise 1981/82 führte dazu, dass den internationalen Finanzinstitutionen – allen voran dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – eine drastisch höhere Bedeutung in der Politikformulierung zukam. Die Schuldenkrise wurde einseitig zu Gunsten der Gläubiger gelöst. Die Kosten der Anpassung wurden im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen auf Lateinamerika übertragen. Die Währungen wurden abgewertet und zusätzlich wurde die Binnennachfrage erheblich gedrosselt, um Exportüberschüsse zur Bedienung der sprunghaft gestiegenen Schuldenlast erzielen zu können. Überdies wurden staatliche Ausgaben – vor allem auch im Sozialbereich – reduziert, um entsprechend Ressourcen für den Schuldendienst freizumachen (vgl. Jäger 2005). Das Ergebnis waren eine »verlorene Dekade«, mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, welches 1990 etwa zehn Prozent unter dem Wert von 1980 lag (CEPAL 2001: 69), und ein massiver Transfer von finanziellen Ressourcen in die Zentrumsstaaten des Nordens (CEPAL 2004: 35). Neben dem Widerstand gegen Militärdiktaturen trug auch ihr offensichtliches wirtschaftspolitisches Versagen zu ihrer Delegitimierung bei und begünstigte Re-Demokratisierungsprozesse.

Im Kontext »paktierter Übergänge« wurde jedoch an den zugrunde liegenden neoliberalen Politikmustern zunächst nicht gerüttelt. Zu frisch war noch die Erinnerung an den blutigen Terror der Militärregime, dessen Wiederkehr befürchtet wurde. In den 1990er Jahren hatten sich die weltwirtschaftlichen Bedingungen – und damit die konkrete Ausrichtung neoliberaler Politik – neuerlich gewandelt. Galt das Interesse des IWF in den 1980er Jahren noch der Sicherstellung eines Ressourcentransfers in den Norden, so wurde nach der Behebung der akuten Schuldenkrise Lateinamerika wieder als »Emerging Market« entdeckt und eine entsprechend flankierende Wirtschaftspolitik – wie etwa eine enge Bindung an den US-Dollar – propagiert. Ähnlich wie in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es neuerlich zu einem Zustrom von spekulativem Kapital, aber auch verstärkt zu ausländischen Direktinvestitionen. Überbewertete Währungen und Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz gingen damit einher (vgl. CEPAL 2004). Bereits 1994 brach in Mexiko neuerlich eine Finanzkrise aus. Abwertungen und Krisen folgten dann ab 1998 in Brasilien, während in Argentinien und Uruguay der Ausbruch der Krise bis 2001/02 hinausgezögert wurde, dieser dann aber mit einem Rückgang des BIP von ca. zwölf Prozent innerhalb

eines Jahres um so drastischer ausfiel. Diese neuerlichen wirtschaftlichen Misserfolge trugen zu einer weiteren Legitimationskrise neoliberaler Politiken – und häufig des politischen Systems insgesamt – bei (vgl. Becker/Jäger 2005).

Damit war potenziell der Boden für alternative Politiken innerhalb und jenseits des Neoliberalismus bereitet. Auch die Angst vor einem neuerlichen Eingreifen des Militärs auf Seiten der Kapitalseite, um progressive Politiken zu verhindern, war geringer geworden. Es wurde begonnen, einige Spitzen der Diktaturen vor Gericht zu stellen. Dies signalisierte, dass die Zeit reif war, mit neoliberalen Dogmen brechen zu können. Die Entwicklungsdynamiken in den letzten Jahren sind in den einzelnen Ländern jedoch alles andere als einheitlich. Grob können in Anlehnung an Petras (2006) drei Gruppen unterschieden werden. Erstens die Länder, in denen nach wie vor neoliberale Politikmuster dominieren. Dazu zählen Mexiko, die mittelamerikanischen Staaten, Kolumbien, Peru, Paraguay und – trotz sozialistischer Präsidentin – auch Chile. Zweitens eine Gruppe, in der versucht wird, neoliberale Politikmuster zum Teil zu überwinden, wozu Argentinien, Uruguay, Ekuador und Brasilien gehören. Eine dritte Gruppe umfasst nur zwei Länder, in denen prononcierter vom Neoliberalismus abgegangen wird, nämlich Venezuela und Bolivien. Damit wird deutlich, dass trotz linker bzw. sozialdemokratischer Regierungen und einer z.T. stärker antineoliberalen Rhetorik in wirtschaftspolitischen Kernfragen ein grundsätzliches Abrücken vom neoliberalen Kurs nicht die Regel, sondern eine Ausnahme darstellt. Den Ursachen dieser unterschiedlichen aktuellen Entwicklungen sowie ihrer gemeinsamen strukturellen Bestimmungsgründen wird im Folgenden anhand der Analyse zentraler Politikfelder nachgegangen.

Währungspolitik und Finanzsektor

Im Bereich des Finanzsektors lässt sich feststellen, dass seit Ende der 1990er Jahre vor allem in den von Finanzkrisen stärker erschütterten Staaten die Währung – oftmals stark – abgewertet und vielfach zu flexibleren Wechselkursregimes übergegangen wurde. Argentinien führte sogar milde Maßnahmen gegen kurzfristige, eher spekulative Kapitalzuflüsse ein (CEPAL 2005: 100). Dies reduzierte zwar die Anfälligkeit für spekulationsinduzierte grenzüberschreitende Kapitalflüsse, eine liberale Einbindung in internationale Finanzmärkte blieb jedoch in allen Ländern festgeschrieben. Lateinamerika ist nach wie vor ein attraktiver Platz für Finanzanlagen und ausländische Direktinvestitionen, welche sich jedoch auf wenige Staaten wie Brasilien, Mexiko, Argentinien und Chile konzentrieren. Die periphere Einbindung Lateinamerikas in weltwirtschaftliche Zusammenhänge wird auch darin deutlich, dass aktive ausländische Direktinvestitionen im Vergleich zu den passiven nur eine unwesentliche Rolle spielen. Neben früheren passiven ausländischen Direktinvestitionen, die zu Gewinnrepatriierungen führen, sind es vor allem die private und staatliche Auslandsverschuldung, die dazu beitragen, dass der Nettoressourcentransfer von Lateinamerika seit 1998 wieder deutlich negativ ist und sich im Jahr 2005 auf 10,9 Prozent der Exporte des Subkontinents belief (CEPAL 2005: 178, Tabelle A-13). Damit gehen den Ländern – wie schon bereits zuvor in der Dekade der 1980er Jahre – wesentliche Ressourcen

verloren. Vorherrschend ist auch bei jenen Ländern, bei denen in anderen Politikbereichen ein Abgehen von neoliberalen Politikmustern festzustellen ist, die Haltung, dass eine grundsätzliche Infragestellung der neoliberalen Ausrichtung im Finanzsektor nicht erfolgt. An der untergeordneten wirtschaftlichen Einbindung in liberalisierte internationale Finanzmärkte wird damit nicht gerüttelt. Über relativ hohe Zinsen, nicht über Kapitalverkehrskontrollen, wird versucht, Kapital im Land zu halten (Siscú et al. 2005: XLIV). Das ist besonders augenfällig im Fall Brasiliens, dem Zinssatzrekordhalter mit einem Realzinssatz von 13,6 Prozent (Oktober 2005; Araújo 2006: 91, Tabelle 6). Hohe Zinsen stellen, wiederum speziell in Brasilien, eine starke Belastung des Budgets dar (vgl. Carvalho 2005). Primärüberschüsse im Budget dienen vor allem dem Schuldendienst, andere Ausgaben müssen zurückstehen. Ausufernde Budgetdefizite gehören weitgehend der Vergangenheit an (CEPAL 2005: 189, Tabelle A-25). Die Regierung Lula baute zumindest die Auslandsschuld deutlich von 214,9 Milliarden US-$ im Jahr 2003 auf nur mehr 168,6 Milliarden US-$ im Januar 2006 ab (Araújo 2006: 60, Tabelle 3) und reduzierte so die externe Verwundbarkeit, die interne Staatsschuld blieb hingegen ein gravierendes Problem. Um sich gewisse fiskalische Spielräume zu erhalten, wählte die argentinische Regierung eine konfrontativere Taktik gegenüber den Gläubigern und setzte nach dem Default in Verhandlungen eine substanzielle Schuldenreduktion durch (vgl. Becker/Jäger 2005). Der Versuch des Aufbaus einer südamerikanischen Entwicklungsbank (Banco del Sur) unter der Führung von Venezuela sowie die bilaterale Vergabe vergünstigter Kredite an »verbündete« Länder, wie z. B. Bolivien, stellt einen Abgang von neoliberaler wirtschaftspolitischer Praxis dar, bleibt jedoch eine Ausnahme (vgl. Aguirre 2006).

Handelspolitik und regionale Integration

Während bezogen auf den Finanzsektor eine weitgehend einheitliche neoliberale wirtschaftspolitische Ausrichtung vorliegt, sind bei auf den produktiven Sektor bezogenen Politiken zumindest in Ansätzen unterschiedlichere Entwicklungspfade feststellbar. In den 1980er Jahren waren die Zollbarrieren bereits wesentlich reduziert worden. Auch dadurch kamen die auf den Binnenmarkt hin orientierten Sektoren unter Druck und Deindustrialisierungsprozesse waren die Folge. Regionale Integrationsprojekte – wie der 1991 gegründete Mercosur (umfasste bei der Gründung Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) – waren zunächst darauf ausgelegt, im Rahmen einer wechselkursbasierten Stabilisierungspolitik Exportmöglichkeiten zu schaffen und damit das finanzbasierte Akkumulationsmodell abzustützen (Becker 2006a: 31). Zwischen 1990, dem letzten Jahr vor der Gründung des Mercosur, und 1997 wuchs der Anteil des intraregionalen Exportes am Gesamtexport der Mercosur-Länder von 8,9 Prozent auf 24,9 Prozent (Ffrench-Davis 2005: 191, Tabelle IV.3) Neben der regionalen Süd-Süd Integration kam es im Zuge der Errichtung des North Atlantic Free Trade Area (NAFTA) zur Durchsetzung eines Handelsabkommens zwischen Zentrum und Peripherie. Die USA waren bestrebt, diese Form im der Integration im Rahmens des Free Trade Area of the Americas (FTAA) auf ganz Lateinamerika auszudehnen. Bislang gelang es, mittels einer Freihandelszone unter dem Titel Central American Free

Trade Agreement (CAFTA) wichtige Länder Mittelamerikas zu integrieren. Auch mit anderen Ländern, wie etwa Chile, wurden bilaterale Verträge geschlossen bzw. werden Verhandlungen angestrebt (z.B. mit Uruguay). Diese bilateralen Verträge gehen, ebenso wie NAFTA, CAFTA und FTAA, jeweils deutlich über die in der WTO vereinbarten Regelungen hinaus und umfassen Kapitalschutzabkommen, strenger Patentschutzregeln etc. FTAA als Gesamtprojekt ist aufgrund der zu radikalen Forderungen der USA (unter gleichzeitiger Beibehaltung protektionistischer Praktiken) und des starken Widerstands innerhalb einiger Länder mittlerweile auf Eis gelegt (vgl. Schmalz 2005). Bezogen auf Handel wie auf Direktinvestitionen ist die EU für den Subkontinent insgesamt sogar bedeutender als die USA. So hat auch die EU bilaterale Freihandelsverträge mit einzelnen Ländern, wie z.B. Chile, geschlossen. Ebenso wurde mit dem Mercosur seitens der EU über ein Freihandelsprojekt verhandelt, wobei bislang nur relativ bescheidene Ergebnisse erzielt werden konnten (vgl. Europäische Kommission 2006). Während der Mercosur im Zuge der wirtschaftlichen Krise seit Ende der 1990er Jahre und einseitiger Abwertungen und der damit hervorgerufenen Ungleichgewichtige im Handel zwischen den Ländern relativ unter Druck gekommen war, zeigten sich ab 2003 eine ganz leichte Wiederbelebung des intraregionalen Exportes, der aber 2004 immer noch nur 12,9 Prozent des Gesamtexportes der Mercosur-Länder ausmachte (Ffrench-Davis 2005: 191, Tabelle IV.3), sowie eine Stärkung der politischen Strukturen (vgl. Becker 2006a). Allerdings gibt es innerhalb des Mercosur erhebliche Spannungen, die mit der Asymmetrie der Handelsbeziehungen und der Marginalisierung der kleinen Länder zusammenhängen. Dies motivierte die uruguayische Linksregierung, bilaterale Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen ins Auge zu fassen (vgl. Becker 2006b). Mittlerweile hat sie dieses Vorhaben unter dem Druck innerer Opposition sowie der Mercosur-Partner abgeschwächt. Einen Keil hat die Freihandelspolitik der USA auch in die Comunidad Andina de Naciones (CAN) getrieben. Hier trat Venezuela im Frühjahr 2006 aus, als andere CAN-Mitglieder Venezuela diskriminierende Freihandelsabkommen mit den USA schlossen. Stattdessen orientierte sich Venezuela auf den Mercosur um. Mit dem Vollbeitritt Venezuelas am 4. Juli 2006 erlangte dieses Integrationsprojekt eine neue politische Dynamik. Grundsätzlich wird jedoch – auch in den Ländern mit relativ prononcierter anti-imperialer Rhetorik – an der weitgehend freien Weltmarktintegration nicht prinzipiell gerüttelt. Vielfach ist dies auch nicht möglich, wurden doch im Zuge des »neuen Konstitutionalismus« (Gill 1995: 412 ff.) neoliberale Regeln im Rahmen der WTO oder von bilateralen Verträgen institutionell fest verankert. Dennoch wurden auch Strategien verfolgt, die trotz der liberalen internationalen Rahmenbedingungen stärker auf die Entwicklung produktiver Sektoren oder die öffentliche Aneignung von Gewinnen aus der Produktion lokal vorhandener Ressourcen abzielten. Dazu zählen etwa die Restrukturierung im verstaatlichten Bereich des Erdölsektors in Venezuela und die höhere Besteuerung des Erdgassektors in Bolivien. Darüber hinaus gab es z.B. in Argentinien, Brasilien und Venezuela Bestrebungen, die nicht-gewinnorientierte solidarische Ökonomie zu fördern (vgl. Auinger 2005). Insgesamt lässt sich jedoch eine nennenswerte kohärente Entwicklungs- und Industriepolitik kaum ausmachen. Auch die zum Teil wieder gestiegenen Wachstumsraten seit 2003 basieren weniger auf einer dynamischen Akkumu-

lation, sondern zeigen einerseits die Erholung aus tiefen Krisen und hängen andererseits wesentlich mit gestiegenen Weltmarktpreisen wichtiger Exportgüter zusammen (CEPAL 2005: 34 ff.). Die belebende Wirkung des Exportsektors auf die Gesamtwirtschaft war allerdings aufgrund der schwachen *Linkages* und der relativ geringen Beschäftigung in den Exportbranchen gering (Ffrench-Davis 2005: 182).

Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen

Im Zuge neoliberaler Politiken hatten sich seit Beginn der 1980er Jahre die Ungleichheiten weiter zugespitzt. Dies war von einer substanziellen Veränderung des Lohnverhältnisses und der Sozialpolitik begleitet gewesen. Das Lohnverhältnis wurde vielfach wesentlich dereguliert. Gleichzeitig wuchs im Kontext von Deindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit auch der informelle Sektor stark an (vgl. Dombois/Imbusch 1997). Der Anteil der Sozialausgaben am BIP sank ebenso. Während in den 1980er Jahren das Credo in der Sozialpolitik noch »Ausgabenkürzung« lautete, wurde in den 1990er Jahren unter dem Titel »Armutsbekämpfung« und steigender internationaler Mittel im Rahmen von Sozialfonds dieser Politikbereich erheblich umgestaltet. Im Kern stand dabei in vielen Fällen auch eine Transformation des Pensionssystems mit der Einführung von Komponenten des Kapitaldeckungsverfahrens (vgl. Jäger 2002). An der neoliberalen Grundausrichtung der Sozialpolitik wurde auch in der jüngsten Krise nicht gerüttelt. Es gab zwar einige fortschrittliche Adaptionen im Arbeitsrecht, so z.B. in Chile. Die neoliberale Ausgestaltung des Lohnverhältnisses wurde damit allerdings – mit Ausnahme Uruguays – nicht grundsätzlich angetastet. Auch vor dem Hintergrund des hohen Informalisierungsgrades sind diese Veränderungen nur von beschränkter Bedeutung. In Brasilien sind die Entwicklungen im Sozialbereich zumindest als ambivalent einzuschätzen. Einerseits wurde im Pensionsbereich weiter das Leistungsniveau für die öffentlich Bediensteten verringert, andererseits wurden mit dem Programm »Null-Hunger« die Unterstützungsleistungen an die ärmsten Bevölkerungsgruppen systematisch ausgeweitet. Allein das Programm »Bolsa Familia« erreichte 2005 8,7 Millionen Familien. Insgesamt gab die brasilianische Regierung von 2003 bis 2005 im Schnitt 2,58 Prozent des BIP für Einkommenstransfers an die ärmste Bevölkerung aus (Mercadante 2006: 122 f.) – die Zinszahlungen auf die öffentliche Schuld beanspruchten hingegen im selben Zeitraum im Schnitt 7,7 Prozent des BIP (Araújo 2006: 104). Ähnlich wie in Brasilien ist die Sozialpolitik in Uruguay ausgerichtet, während die Sozialtransfers an Arbeitslose in Argentinien nicht zuletzt der Stärkung der Klientelbeziehungen des peronistischen Parteiapparates dienen. Ein besonders starker Ausbau der Sozialprogramme erfolgte in Venezuela. Schwerpunkte lagen dabei im Gesundheitsbereich sowie in der Alphabetisierung und im Bildungssektor. Auch dort wurde versucht, die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Zur Finanzierung der Expansion im Sozialbereich konnte auf die für die Staatskasse so wichtigen und stark gestiegenen Öleinnahmen zurückgegriffen werden. Brasilien, Uruguay und Venezuela zeichnen sich durch systematischen Charakter ihrer Sozialpolitik aus. Doch sind auch sie insofern an den liberalen *Mainstream* anschlussfähig, als sie – vielleicht mit Ausnahme Uruguays – weniger auf ein universelles Sozialmodell als auf

Hilfe abstellen, die auf die Ärmsten fokussiert (vgl. Jäger 2005). Für die Lebensverhältnisse der Ärmsten bedeutet dies in Brasilien oder Venezuela eine fühlbare Verbesserung. Es verbesserte sich allerdings primär ihre Einkommenssituation bzw. ihre infrastrukturelle Versorgung, aber es vermehrten sich kaum ihre Erwerbschancen. Insoweit die Beschäftigung zuletzt durch den Konjunkturaufschwung anstieg, kam dies oft eher besser ausgebildeten Arbeitskräften zugute.

Schlussfolgerungen

Die Analyse zentraler Politikbereiche zeigt, dass die in den Medien verbreiteten Hoffnungen bzw. Befürchtungen bezüglich der Entwicklungen in Lateinamerika häufig zu Überschätzungen führen. In den meisten Ländern wird trotz der sich seit den 1980er Jahren weitgehend krisenhaft entwickelnden Wirtschaft an den im Zuge der Schuldenkrise durchgesetzten neoliberalen Politiken festgehalten. Die wirtschaftliche und soziale Bilanz der letzten zweieinhalb Jahrzehnte ist negativ. Das BIP pro Kopf lag 2004 real (in US-$ von 1995) gerade einmal um 6,1 Prozent höher als 1980, die Löhne waren geringer als 1980 und die Armutsrate lag mit 42,9 Prozent sogar noch etwas höher als jene von 1980, die 40,5 Prozent betragen hatte. Die absolute Zahl der Armen stieg in diesem Zeitraum sogar von 136 Millionen auf 222 Millionen (Ffrench-Davis 2005: 20, Tabelle 2). In den letzten Jahren haben die katastrophalen Verschlechterungen der Lebensbedingung für große Teile der Bevölkerung zu einer Krise der politischen Legitimation geführt. Dies hat in vielen Fällen zur Abwahl traditioneller Politiker|innen und zum Aufstieg linker bzw. sozialdemokratischer Regierungen beigetragen. Häufig ist jedoch eine deutliche Diskrepanz zwischen fortschrittlicher Rhetorik und politischer Praxis feststellbar. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik wird an der neoliberalen Grundausrichtung in der Budget- und Geldpolitik, aber auch in der Handelspolitik in der Regel nicht gerüttelt. Geändert hat sich vielfach die Wechselkurspolitik. Abwertungen haben den Resten der binnenmarktorientierten Industrie sowie dem Exportsektor eine Atempause verschafft. Die untergeordnete wirtschaftliche Eingliederung unter die von den USA und der EU vorgegebenen – und häufig über internationale Finanzinstitutionen vermittelten – internationalen Bedingungen wird nicht prinzipiell in Frage gestellt. Dennoch zeigen sich viele Regierungen in den Verhandlungen, die eine vertiefte liberale Integration mit den USA oder der EU festschreiben sollen, deutlich zögerlicher als noch in den 1990er Jahren. Ebenso werden zum Teil sektorale Politiken, z.B. bezogen auf die Solidarökonomie, umgesetzt. Auch im Bereich der Regulierung der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik gibt es zum Teil einige Adaptierungen. Einzig in Venezuela – allerdings auch erst seit Ende 2001, also fast drei Jahre nach dem Regierungsantritt von Chávez (Lander 2005: 1174 ff.) – und in Bolivien gibt es erste Anzeichen für einen möglichen deutlicheren Bruch mit dem neoliberalen Ordnungsrahmen. Druck von unten hat zwar Regierungswechsel hervorgerufen, doch bleibt der Kurswechsel bestenfalls partiell. Die über mehr als zwei Jahrzehnte festgeschriebenen neoliberalen Institutionalisierungen weisen eine große Beharrungskraft auf. Dennoch dürfen zahlreiche unterschiedliche emanzipatorische Ansätze und Auseinandersetzungen und

ihre Bedeutung für die lateinamerikanische Realität nicht vernachlässigt werden (vgl. Auinger et al. 2005), auch wenn diese bislang kaum zu substanziellen Veränderungen auf der Makroebene geführt haben.

Literatur

Aguirre, Roberto (2006): Con los ojos en el Sur, http://www.rebelion.org/noticia.php?id=37760

Araújo, José Prata (2006): Um retrato do Brasil. Balanço do governo Lula, São Paulo

Auinger, Markus (2005): Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien, in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 21, H. 2, S. 45–63

Auinger, Markus/Jäger, Johannes/Köhler, Bettina/Leubolt, Bernhard/Nothegger, Barbara (2005): Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute – konzeptionelle Aspekte, in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 21, H. 2, S. 4–20

Becker, Joachim (2006a): Metamorphosen der regionalen Integration, in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 22, H. 1, S. 11–44

Becker, Joachim (2006b): Schert Uruguay aus dem Mercosur aus?, in: ila, H. 299, S. 43–44

Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven, in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 19, H. 3, S. 7–11

Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2005): Geld und Legitimität. Monetäre Strategien in Argentinien, Uruguay und Brasilien, in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.), Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie, Hamburg, S. 87–111

Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): Reflexionen zur »neoliberalen Hegemonie« in Lateinamerika, in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.), Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie, Hamburg, S. 270–282

Burchardt, Hans-Jürgen (2004): Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart

Carvalho, Carlos Eduardo (2005): Dívida pública: um debate necessário, in: Siscú, João/Paula, Luiz Fernando de/Rehaut, Michel (Hg.), Novo-desenvolvimentismo. Um projeto nacional de crescimento com equidade social, Barueri/Rio de Janeiro, S. 379–399

CEPAL (2001): Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2000, Santiago de Chile

CEPAL (2004): Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2004, Santiago de Chile

CEPAL (2005): Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2005, Santiago de Chile

Dombois, Rainer/Imbusch, Peter (1997): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Einführende Bemerkungen, in: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter (Hg.), Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Frankfurt a.M., S. 9–39

Europäische Kommission (2006): Mercosur, http://ec.europa.eu/comm/external relations/mercosur/intro/index.htm

Ffrench-Davis, Ricardo (2005): Reformas para América Latina después del fundamentalismo neoliberal, Buenos Aires

Gill, Stephen (1995): Globalisation, Market Civilisation and Disciplinary Neoliberalism, in: Millennium: Journal of International Studies, Jg. 24, H. 3, S. 399–423

Jäger, Johannes (2002): Politökonomische Transformationsprozesse und Sozialpolitik in Lateinamerika, in: Bendl, Petra/Krennerich, Michael (Hg.), Soziale Ungerechtigkeit. Analysen zu Lateinamerika, Frankfurt a.M., S. 154–176

Jäger, Johannes (2005): Ökonomie, Sozialpolitik und soziale Lage in Lateinamerika, in: Lateinamerika Analysen, H. 10, S. 55–74

Lander, Edgardo (2005): Le Venezuela à la recherche d'un projet contre-hégémonique, in: Alternatives Sud, Jg. 12, H. 2, S. 169–190

Maddison, Angus (2003): The World Economy. Historical Statistics, Paris

Mercadante, Aloizio (2006): Brasil: Primeiro tempo. Análise comparativa do governo Lula, São Paulo

Moulian, Tomás (1997): Chile actual. Anatomía de un mito, Santiago

Petras, James (2006): Las relaciones entre Estados Unidos y América Latina: rupturas, reacción y la ilusión del tiempo pasado, http://www.rebelion.org/noticia.php?id=41202

Schmalz, Stefan (2005): Südamerika zwischen regionaler Integration und imperialer Einflussnahme – der Mercosur als Keimzelle eines neuen politischen Regionalblocks, in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.), Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie, Hamburg, S. 112–135

Siscú, João/Paula, Luiz Fernando de/Rehaut, Michel (2005): Introdução: Por que novo-desenvolvimentismo?, in: Siscú, João/Paula, Luiz Fernando de/Rehaut, Michel (Hg.), Novo-desenvolvimentismo. Um projeto nacional de crescimento com equidade social, Barueri/Rio de Janeiro, S. XXXIII–LI

Lost Generation – Österreichische Pionierinnen der Nationalökonomie

Lost Generation – Austrian Female Pioneers of Economics

Gabriele Michalitsch, Christa Schlager°*

Androzentrismus und Maskulinismus durchziehen die Geschichte der Ökonomik seit Adam Smith, dessen Synthese zeitgenössischen politökonomischen Denkens im *Wohlstand der Nationen* (1776) als Geburtsstunde der modernen Nationalökonomie gilt, und sedimentierten in ihren Fundamenten, in Gegenstandsbereich und Denkweise, Begriffen und Kategorien (vgl. Pujol 1992, Groenewegen 1994). Die »männliche« Disziplin entwickelte jenes

* Universität Graz.
° Arbeiterkammer Wien.